

46. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 26. Januar 2011, 17:00 Uhr bis 20:05 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Marina Garzotto (SVP)

Protokollführung: Sekretärin Verena Röllin (SP)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Marianne Dubs Früh (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Gabriele Kisker (Grüne),

Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1.		Mitteilungen	
2.	2011/3	Eintritt von Sven Oliver Dogwiler (SVP) anstelle des zurückgetretenen Jedidjah Bollag (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010- 2014	
3.	2008/468 *	Weisung vom 12.01.2011: Einzelinitiative von René Merz, «Lebensmittelmärkte, Vorschriften», Bericht und Antrag	PV
4.	2011/6 E *	Postulat von Guido Trevisan (GLP) und Irene Bernhard (GLP) vom 12.01.2011: Nutzung des Schlittelwegs vom Triemli bis Bahnhof Uetliberg für Velofahrende während der schneefreien Zeit	VTE
5.	2011/7 E *	Postulat von Helen Glaser (SP) vom 12.01.2011: Einführung eines speziellen Nachweises für die Freiwilligenarbeit von Schüler/innen und Jugendlichen	VS
6.	2009/525	Weisung 447 vom 04.11.2009: Postulat von Monjek Rosenheim (FDP) betreffend Gebiet Binz, Förderung des Zuzugs zusätzlicher Unternehmen, Bericht	VHB
7.	2008/143 A	Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) vom 26.03.2008: Bio-Diesel, Verzicht auf Förderung und Unterstützung	VIB
8.	2008/293 A/P	Motion der EVP-Fraktion vom 25.06.2008: ewz, Finanzierung von Doktorandinnen-/Doktorandenstellen an Hochschulen	VIB

9.	2008/298 E/A	Postulat von Monika Bloch Süss (CSP) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 25.06.2008: VBZ-Buslinie 66, Fahrplanoptimierung	VIB
10.	2008/394 A/P	Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Daniel Leupi (Grüne) vom 03.09.2008: Hybridfahrzeuge, Netzinfrastruktur	VIB
11.	2008/583 E/A	Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 17.12.2008: Erdgas Zürich AG, Bericht über Energieeffizienz- und Energiesparmassnahmen	VIB
12.	2009/47	Interpellation der FDP-Fraktion vom 04.02.2009: ewz, Ausbau des Glasfasernetzes	VIB
13.	2009/81 A	Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brasser (SD) vom 04.03.2009: Anwerbung von Personal im Ausland	VIB
14.	2009/219 A/P	Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Daniel Leupi (Grüne) vom 27.05.2009: Langfristiges Bezugsrecht von Elektrizität aus solarthermischen Kraftwerken in Europa	VIB
15.	2009/239 E/A	Postulat von Peter Anderegg (EVP) und Ernst Danner (EVP) vom 03.06.2009: Verlängerung der Buslinie 64 bis Unteraffoltern	VIB
16.	2009/260 E/A	Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Thomas Wyss (Grüne) vom 10.06.2009: Erhöhung Anteil Sonnenkollektoranlagen bei Projekten ewz im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen	VIB
17.	2009/303 E/A	Postulat von Richard Rabelbauer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 01.07.2009: Erdgas Zürich AG, Einführung weiterer Produkte mit höherem Anteil an Biogas	VIB
18.	2009/329 E/A	Postulat von Marcel Z'graggen (CVP) und Robert Schönbächler (CVP), vertreten durch Marcel Schönbächler (CVP) vom 08.07.2009: Ausrüstung sämtlicher Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs mit Videoüberwachung	VIB
		* Keine materielle Behandlung	

Mitteilungen

1003. 2009/47

Interpellation der FDP-Fraktion vom 04.02.2009: ewz, Ausbau des Glasfasernetzes

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1017 vom 19. August 2009).

Namens der FDP-Fraktion zieht Roger Tognella (FDP) die Interpellation zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1004. 2011/25

Erklärung der SP-Fraktion vom 26.01.2011: Ausschreitungen beim Albisgüetli

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Gewalt ist kein politisches Mittel:

Die sozialdemokratische Fraktion verurteilt den tätlichen Angriff von Chaoten auf den Nationalrat Hans Fehr vom vergangenen Freitagabend aufs Schärfste. Diese Attacke ist auch ein Angriff auf die Demokratie. Meinungsäusserungsfreiheit und Bewegungsfreiheit sind Grundrechte und zentrale Pfeiler der Schweiz. Trotz harter Auseinandersetzung und bisweilen weit auseinander liegender Meinung sind tätliche Angriffe inakzeptabel und einer Demokratie unwürdig. Politische Differenzen gehören verbal ausgefochten, wie dies auch Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey unmissverständlich festgehalten hat.

1005. 2011/24

Erklärung der SVP-Fraktion vom 26.01.2011: Ausschreitungen beim Albisgüetli, Suche nach möglichen Gründen

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Zürichs Nährboden für kriminelle Subkulturen:

Am letzten Freitag fand in Zusammenhang mit einer illegalen Demonstration ein politisch motivierter, massiver tätlicher Angriff auf einen Parlamentarier der eidgenössischen Räte statt. Die SVP möchte ihnen aufzeigen, weshalb solches überhaupt möglich ist.

Es sind konkret drei Gründe:

- 1. Der rot/grüne Nährboden in dieser Stadt, wo Subkulturen aufs beste gedeihen können.
- 2. Ein Polizeikommandant, welcher sich wie Zittergras nach dem jeweiligen Amtschef biegt und dabei seinen eigentlichen Auftrag sträflich vernachlässigt.
- 3. Der mangelnde politische Wille, die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt zu schützen.

Zu den drei Punkten im Einzelnen:

Punkt 1

Illegale Häuserbesetzungen werden in Zürich jahrelang geduldet. In diesen Liegenschaften bildet sich diese gefährliche Brut. Letzten Freitag kamen dem Vernehmen nach etliche Chaoten aus einem besetzten Haus an der Friesenbergstrasse. Diese fuhren ungestört ins Albisgüetli. Später kehrten sie wieder dorthin zurück.

Die Biegsamkeit des Polizeikommandanten erleben wir mit jedem Vorsteherwechsel aufs Neue. Egal ob

Förster, Feministin oder Velofahrer. Er führt seine Einsätze nach dem Gusto seines politischen Chefs und nicht nach den Grundsätzen von Sicherheit und Ordnung in dieser Stadt.

Punkt 3

Wo der klare politische Wille fehlt, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, suhlen sich Kriminelle, Subkulturen und Sozialschmarotzer wie die Maden im Speck. Und solange man diesem Treiben keine Grenzen setzt, treibt die Spirale unaufhaltsam nach Oben. Wo man die einheimischen Bürgerinnen und Bürger zwingt, sich zu integrieren anstatt jener, die hier unser Gastrecht geniessen, da muss man sich nicht wundern, dass Gewalt und Kriminalität gedeihen, wie Rosen in einem Treibhaus.

Es ist bezeichnenderweise jetzt in dieser rot/grünen Stadt das erste Mal geschehen, dass Politiker auf offener Strasse angegriffen und verprügelt wurden. Die erste Reaktion des Polizeikommandanten war, dass er das Opfer zum Täter machte. Es wundert uns nicht, dass man die Täter nicht hinter Schloss und Riegel sperrt. Dort sieht man lieber Zopfi's und Wyler's.

Die SVP erwartet vom Stadtrat sofortiges Umdenken und konkretes Handeln. Illegale Häuserbesetzungen dürfen nicht mehr toleriert werden. Illegale Demonstrationen sind bereits im Keime zu ersticken. Das geltende Vermummungsverbot ist ohne WENN und ABER umzusetzen. Personen, welche an solchen Anlässen teilnehmen, sind einzukesseln und zu verhaften. Kriminelle sind mit aller Härte des Gesetzes zu bestrafen.

Geschäfte

1006. 2011/3

Eintritt von Sven Oliver Dogwiler (SVP) anstelle des zurückgetretenen Jedidjah Bollag (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 19. Januar 2011 anstelle von Jedidjah Bollag (SVP 1+2) mit Wirkung ab 20. Januar 2011 für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Sven Oliver Dogwiler (SVP 1+2), lic. iur., Rechtsanwalt, geboren am 11. September 1973, von Cham/ZG, Mutschellenstrasse 81, 8038 Zürich

1007. 2008/468

Weisung vom 12.01.2011:

Einzelinitiative von René Merz, «Lebensmittelmärkte, Vorschriften», Bericht und Antrag

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 24. Januar 2011

1008. 2011/6

Postulat von Guido Trevisan (GLP) und Irene Bernhard (GLP) vom 12.01.2011: Nutzung des Schlittelwegs vom Triemli bis Bahnhof Uetliberg für Velofahrende während der schneefreien Zeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der FDP-Fraktion stellt Severin Pflüger (FDP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Postulat von Helen Glaser (SP) vom 12.01.2011:

Einführung eines speziellen Nachweises für die Freiwilligenarbeit von Schüler/innen und Jugendlichen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Mauro Tuena (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1010. 2009/525

Weisung 447 vom 04.11.2009:

Postulat von Monjek Rosenheim (FDP) betreffend Gebiet Binz, Förderung des Zuzugs zusätzlicher Unternehmen, Bericht

Antrag des Stadtrats

- 1. Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat, GR Nr. 2006/484, von Monjek Rosenheim vom 8. November 2006 betreffend Gebiet Binz, Förderung des Zuzugs zusätzlicher Unternehmen, wird als erledigt abgeschrieben.

Schlussabstimmung

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Michael Baumer (FDP), Referentin; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Jacqueline

Badran (SP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Daniel Regli (SVP), Christine Seidler (SP), Heinz F.

Steger (FDP), Dr. Richard Wolff (AL)

Abwesend: Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Beatrice Reimann (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 105 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- 1. Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.
- 2. Das Postulat, GR Nr. 2006/484, von Monjek Rosenheim vom 8. November 2006 betreffend Gebiet Binz, Förderung des Zuzugs zusätzlicher Unternehmen, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 2. Februar 2011

1011. 2008/143

Postulat von Martin Bürlimann (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) vom 26.03.2008: Bio-Diesel, Verzicht auf Förderung und Unterstützung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats ab.

Martin Bürlimann (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2869/2008).

Martin Luchsinger (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie in der Stadt Zürich auf Förderung und Unterstützung von Bio-Diesel verzichtet werden kann, welcher nicht aus biogenen Abfällen oder biogenen Produktions- und Verarbeitungsrückständen hergestellt wird.

Martin Bürlimann (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung und erklärt sich bereit, das geänderte Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird kein Ablehnungsantrag gestellt.

Damit ist das geänderte Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1012. 2008/293

Motion der EVP-Fraktion vom 25.06.2008: ewz, Finanzierung von Doktorandinnen- und Doktorandenstellen an Hochschulen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der EVP-Fraktion begründet Dr. Martin Mächler (EVP) die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3251/2008).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Dr. Martin Mächler (EVP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Das Postulat GR Nr. 2011/26 (statt Motion GR Nr. 2008/293, Umwandlung) wird mit 79 gegen 40 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

1013. 2008/298

Postulat von Monika Bloch Süss (CSP) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 25.06.2008:

VBZ-Buslinie 66, Fahrplanoptimierung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Simon Kälin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3257/2008).

Bruno Wohler (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 9. Juli 2008 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 68 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1014. 2008/394

Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Daniel Leupi (Grüne) vom 03.09.2008: Hybridfahrzeuge, Netzinfrastruktur

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departementes der Industriellen Betriebe namens des Stadtrates die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 3457/2008).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Martin Luchsinger (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche im Rahmen eines Pilotprojektes der Stadt Zürich die Erstellung einer Netzinfrastruktur für Plug-in-Hybridfahrzeuge beinhaltet. Zudem wird die Stadt beauftragt, sobald Plug-in-Hybrid Fahrzeuge serienmässig erhältlich sind, mindestens 10% der eigenen Fahrzeugflotte im Rahmen des normalen Fahrzeug-Lebenzyklus innert 3 Jahren auf Plug-in-Hybrid oder weitere emissionsärmere Fahrzeuge umzustellen. Für die Realisierung eines Pilotprojekts ist dem Gemeinderat ein erster Rahmenkredit von mindestens 15 Millionen Franken bereitzustellen. Anzustreben ist bei der Realisierung eine aktive Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Akteuren wie z. B. BFE, Kanton Zürich, umliegende Gemeinden, EKZ, ZW, ETH, Stiftung Klimarappen.

Mirella Wepf (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, welche im Rahmen eines Pilotprojektes der Stadt Zürich die Erstellung einer Netzinfrastruktur für Plug-in-Hybridfahrzeuge beinhaltet. Zudem wird die Stadt beauftragt, sobald Plug-in-Hybrid Fahrzeuge serienmässig erhältlich sind, mindestens 10% der eigenen Fahrzeugflotte innert 3 Jahren auf Plug-in-Hybrid umzustellen. Für die Realisierung eines Pilotprojekts ist dem Gemeinderat ein erster Rahmenkredit von mindestens 15 Millionen Franken bereitzustellen. Anzustreben ist bei der Realisierung eine aktive Zusammenarbeit mit anderen wichtigen Akteuren wie z. B. BFE, Kanton Zürich, umliegende Gemeinden, EKZ, ZW, ETH, Stiftung Klimarappen. Die Menge des motorisierten Individualverkehrs soll dabei nicht erhöht werden.

Bernhard Piller (Grüne) ist mit beiden Textänderungen einverstanden.

Bernhard Piller (Grüne) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Bruno Wohler (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2011/27 (statt Motion GR Nr. 2008/394, Umwandlung) wird mit 79 gegen 36 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1015. 2008/583

Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 17.12.2008: Erdgas Zürich AG, Bericht über Energieeffizienz- und Energiesparmassnahmen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3886/2008).

Bruno Wohler (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 14. Januar 2009 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 73 gegen 44 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1016. 2009/81

Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brasser (SD) vom 04.03.2009: Anwerbung von Personal im Ausland

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats ab.

Patrick Blöchlinger (SD) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4144/2009).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Dorothea Frei (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die gezielte Anwerbung von Personal im Ausland - z.B. von Busführern in Ostdeutschland - verzichtet werden kann und stattdessen bei Mangel an bestimmten Arbeitskräften vermehrt SchweizerInnen und allenfalls-bereits hier ansässige AusländerInnen entsprechend umgeschult bzw. ausgebildet werden können.

Patrick Blöchlinger (SD) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das Postulat wird mit 74 gegen 46 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

1017. 2009/219

Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Daniel Leupi (Grüne) vom 27.05.2009: Langfristiges Bezugsrecht von Elektrizität aus solarthermischen Kraftwerken in Europa

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 4440/2009).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Bernhard Piller (Grüne) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Martin Bürlimann (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2011/35 (statt Motion GR Nr. 2009/219, Umwandlung) wird mit 96 gegen 24 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1018. 2009/239

Postulat von Peter Anderegg (EVP) und Ernst Danner (EVP) vom 03.06.2009: Verlängerung der Buslinie 64 bis Unteraffoltern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Peter Anderegg (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4485/2009) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1019. 2009/260

Postulat von Bernhard Piller (Grüne) und Thomas Wyss (Grüne) vom 10.06.2009: Erhöhung Anteil Sonnenkollektoranlagen bei Projekten ewz im Geschäftsfeld Energiedienstleistungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4519/2009).

Martin Bürlimann (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 24. Juni 2009 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 72 gegen 47 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

1020. 2009/303

Postulat von Richard Rabelbauer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 01.07.2009:

Erdgas Zürich AG, Einführung weiterer Produkte mit höherem Anteil an Biogas

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Martin Mächler (EVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4604/2009) und zieht es zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1021. 2009/329

Postulat von Marcel Z'graggen (CVP) und Robert Schönbächler (CVP), vertreten durch Marcel Schönbächler (CVP) vom 08.07.2009:

Ausrüstung sämtlicher Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs mit Videoüberwachung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Schönbächler (CVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4655/2009).

Balthasar Glättli (Grüne) begründet den von Daniel Leupi (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 2. September 2009 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Das Postulat wird mit 66 gegen 43 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Eingänge

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1022. 2011/28

Interpellation von Marc Bourgeois (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) vom 26.01.2011:

Durchsetzung des gesetzlichen Vermummungsverbots bei Demonstrationen

Von Marc Bourgeois (FDP) und Ursula Uttinger (FDP) ist am 26. Januar 2011 folgende Interpellation eingereicht worden:

Anlässlich der Albisgüetli-Tagung vom 21.01.2011 stand die Stadtpolizei einer Meute linksautonomer Vermummter gegenüber. Die Polizei war gut vorbereitet, der Kräfteansatz zweckmässig, das Vorgehen zunächst geeignet. Dadurch konnten die Demonstranten vom Tagungsort ferngehalten werden. Das Vermum-

mungsverbot wurde jedoch erneut nicht durchgesetzt. Dadurch hat es die Polizei trotz günstiger Voraussetzungen versäumt, die notorischen Krawallmacher aus ihrer Anonymität herauszureissen.

Stadt- und Regierungsrat mussten seit der Einführung des Vermummungsverbots verschiedentlich Vorstösse betreffend dessen Nicht-Durchsetzung behandeln. Die in den Antworten jeweils vorgebrachten Argumente verfangen im vorliegenden Fall allerdings nicht: Die Vermummten konnten keinen Schutz inmitten rechtmässiger Demonstrationsteilnehmer und Zuschauer suchen – sie waren weitgehend isoliert. Bei den wenigen Anwesenden bestand zudem nicht die Gefahr einer Solidarisierung. Eine Einkesselung und anschliessende Verzeigung (in Kombination mit anderen Tatbeständen auch eine Verhaftung) hätte unter Wahrung der Verhältnismässigkeit durchgeführt werden können (unproblematische Rechtsgüterabwägung, keine Kollision unterschiedlicher Grundrechte). Bei einem möglichen raschen Zugriff hätte keine Gefahr der Provokation von Sachbeschädigungen und aufgrund der örtlichen Gegebenheiten auch keine Gefahr anschliessender Katz-und-Maus-Spiele bestanden. Auch den hohen Anforderungen an die für eine Verurteilung nötigen Beweise hätte die Polizei gerecht werden können: Die Demonstration wurde von zahlreichen Kameras festgehalten, alle auf Videoaufnahmen sichtbaren Demonstranten waren vermummt, und alle nahmen an einer unbewilligten Demonstration teil.

Es stellt sich deshalb die Frage, wie die Polizei das Vermummungsverbot durchsetzen will, wenn ihr dies nicht einmal unter günstigsten Voraussetzungen gelingt.

Ich bitte in diesem Zusammenhang den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort auf die Interpellation 98/134: "Die Stadtpolizei wird auch künftig bei Vermummungen eingreifen, sofern dadurch keine höheren Rechtsgüter gefährdet werden." Welche höheren Rechtsgüter wären im vorliegenden Fall bei einem Eingreifen der Stadtpolizei gefährdet gewesen?
- 2. Wurde im Rahmen der vorgängigen Lagebeurteilung erkannt, dass vornehmlich mit vermummten Demonstranten zu rechnen war?
- 3. Die Demonstranten hätten mit einer zweiten Front aus Stadtrichtung eingekesselt und einer Verzeigung zugeführt werden können. Verfügte die Stadtpolizei zum Zeitpunkt der Demonstration über eine zeitgerecht verfügbare Reserve, mit der sie eine solche zweite Front hätte bilden können?
- 4. Der Polizeikommandant äusserte sich in den Medien wie folgt: "Wir haben die Situation nicht unterschätzt: Der Auftrag lautete, dafür zu sorgen, dass die Tagung ungestört stattfinden kann. Diesen Auftrag haben wir erfüllt." BGE 117 IA 472, 476 hält explizit fest, dass die ordnungsmässige Tätigkeit der Polizei bei der Abklärung strafbarer Handlungen ein strafrechtlich geschütztes Rechtsgut darstellt. Dazu dient u.a. auch die Durchsetzung des Vermummungsverbots. Teilt der Stadtrat die Auffassung des Polizeikommandanten, dass der Auftrag erfüllt war und somit die Durchsetzung des Vermummungsverbots nicht zum (ständigen) Auftrag der Polizei gehört?
- 5. Gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. b des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen reichen glaubwürdige Aussagen oder Bildaufnahmen u.a. der Polizei als Nachweis für gewalttätiges Verhalten von Hooligans – mit den entsprechenden polizeilichen Konsequenzen. Wie rechtfertigt es der Stadtrat, dass im Rahmen politischer Demonstrationen gemäss seiner Argumentation zu den Vorstössen 98/134 und 2007/253 analoge Erkenntnisse der Polizei hinsichtlich einer Vermummung nicht hinreichend für ein rechtliches Vorgehen sind?
- 6. Wurden Videoaufnahmen oder Fotos von den Demonstrierenden gemacht? Wenn nein, warum nicht? Werden allfällige Fotos nach einer vorgängigen Ankündigung in den Medien aufs Internet gestellt, um die Täter zu identifizieren?
- 7. Teilt der Stadtrat die von Polizeikommandant gegenüber den Medien geäusserte Haltung, dass Politiker bei vermuteten Demonstrationen im Umfeld von Veranstaltungen präventiv Personenschutz beantragen sollten? Hält er eine solche Entwicklung unserer demokratischen Gepflogenheiten für angebracht?
- 8. Mit welchem zusätzlichen Kräfteansatz wäre im Falle von Grossveranstaltungen wie eidgenössischen Parteitagen oder der SVP-Tagung im Albisgüetli zu rechnen, um allen möglicherweise gefährdeten Politikern Personenschutz bieten zu können?
- 9. Wie und wann gedenkt der Stadtrat, dem gesetzlichen Vermummungsverbot über 15 Jahre nach dessen Einführung Nachachtung zu verschaffen?

Bitte orientieren Sie sich in der Begründung Ihrer Antworten konkret am Polizeieinsatz vom 21.01.2011. Die Überlegungen allgemeiner Natur zur Problematik der Durchsetzung des Vermummungsverbots lassen sich bereits den Antworten zu älteren Vorstössen entnehmen.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Interpellation wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Theo Hauri (SVP) und 34 Mitunterzeichnenden vom 26.01.2011:

Sanierung der Strassenkreuzung Glattal-/Schaffhauserstrasse, rechtliche Grundlagen

Von Dr. Daniel Regli (SVP), Theo Hauri (SVP) und 34 Mitunterzeichnenden ist am 26. Januar 2011 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Tiefbauamt Zürich TAZ plant seit 2005 den Umbau der Kreuzung Schaffhauser-/Glatttalstrasse in Zürich Seebach. Die vom TAZ vorgelegten Pläne sehen eine Sicherheitslinie vor von der Kreuzung Schaffhauser-/Glatttalstrasse bis zur Ein-/Ausfahrt Unterwerkstrasse. Als Folge davon sollen die Ein- und Ausfahrten zur/von der Ettenfeldstrasse und zum/vom Sandacker entlang der Schaffhausertrasse verunmöglicht und abgeriegelt werden. Ebenfalls sollen die Zu- und Wegfahrten bei den Parkplätzen vor dem Backhuus Fischer nur noch stadtauswärts möglich sein.

In seiner Antwort auf die Dringliche Schriftliche Anfrage GR Nr. 2010/506 schreibt der Stadtrat, dass in Kreuzungsbereichen die direkte Erschliessung von Liegenschaften aus Sicherheitsgründen nicht tolerierbar sei. In der Ratsdebatte vom 19. Januar 2011 wurde Stadträtin Ruth Genner nach den rechtlichen Grundlagen für das Ausziehen der Sicherheitslinie bis zur Unterwerkstrasse gefragt. Frau Genner liess verlauten, die Polizei habe dies so verfügt. Um in dieser Sache zu grössere Klarheit zu gelangen, bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Gemäss welcher gesetzlichen Richtlinie muss eine Sicherheitslinie gezogen werden von der Kreuzung Schaffhauser-/Glatttalstrasse bis zur Unterwerkstrasse?
- 2. Gemäss welcher gesetzlichen Richtlinie müssen die Ein- und Ausfahrten zur/von der Ettenfeldstrasse und zum/vom Sandacker entlang der Schaffhausertrasse abgeriegelt werden?
- 3. Gemäss welcher gesetzlichen Richtlinie ist die direkte Erschliessung von Liegenschaften in Kreuzungsbreichen nicht tolerierbar?
- 4. Warum finden solche Einschränkungen keine Anwendung bei den Kreuzungen: Witikoner-/Loorenstrasse, Rautistrasse/Altstetterstrasse, Wehntaler-/Schauenberg-/ Zehntenhausstrasse? Welche weiteren Kreuzungen gibt es in der Stadt Zürich, deren Sicherheitslinien im Kreuzungsbereich unterbrochen sind, um die direkte Erschliessung von Liegenschaften und die Ein-/Ausfahrt von Nebenstrasse zuzulassen? Welche gesetzlichen Grundlagen regeln die Verkehrsführung an diesen Kreuzungen?
- 5. Warum wurde an der Orientierungsversammlung Quartierplan Ettenfeld-Süd am 28. Januar 2009 im Amthaus IV die Zufahrt zur Ettenfeldstrasse und die Ausfahrt aus dem Sandacker als Erschliessungsvariante 2 vorgelegt, wenn sie polizeilich verboten ist? Welche zwingenden Gründe sprechen gegen die Erschliessungsvariante 2 mit Einbahnverkehr Ettenfeldstrasse und Sandacker?
- 6. Wie lauten die Eckdaten der von der Immobilien Compagnoni AG geplanten Wohnüberbauung auf den Grundstücken Kat.-Nr. AF 6458 und AF 6459 (Grundstücksfläche, Anzahl Geschosse, Anzahl Wohnungen) an der Ettenfeldstrasse?
- 7. Würde die vom TAZ geplante neue Quartiererschliessung via Unterwerkstrasse auch nötig ohne die Erstellung der Wohnbaute Compagnoni?
- 8. Welchen prozentualen Kostenanteil übernimmt die Immobilien Compagnoni AG für die projektierte Quartier-Erschliessung durch die Unterwerkstrasse?
- 9. Welchen prozentualen Kostenanteil tragen die übrigen Grundeigentümer der Ettenfeldstrasse und des Sandacker für die projektierte Quartier-Erschliessung durch die Unterwerkstrasse?
- 10. Wie stellt sich der Stadtrat zur im Kantonalen Richtplan eingetragenen Verlängerung der Glatttalstrasse bis zur Thurgauerstrasse? Sind bereits Projektierungsarbeiten erfolgt? Wenn nein, warum nicht? Wann ist eine Planung vorgesehen? Wenn ja, wie ist der Stand der Planung und wie sehen die nächsten Schritte aus?

Schriftliche Anfrage von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) vom 26.01.2011: Umsetzung der integrativen Schulung an der Oberstufe

Von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) ist am 26. Januar 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich hat seit geraumer Zeit den Regierungsratsbeschluss zur integrativen Schulung auf der Oberstufe umgesetzt. Dabei hat er beschlossen auf die Weiterführung der Kleinklassen vollständig zu verzichten. Die Abteilungen der Sek B und der Sek C wurden zusammengelegt und die Schülerinnen und Schüler der ehemaligen Kleinklassen in die zusammengelegte Abteilung integriert. Diesbezüglich bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Der Stadtrat hat beschlossen die Abteilungen B und C auf der Oberstufe zusammenzulegen und die Kleinklassen auf der Oberstufe vollständig aufzuheben und die ehemaligen Schülerinnen und Schüler der Kleinklassen in diese neue Abteilung B zu integrieren. Was hat den Ausschlag für diese Vorgehensweise gegeben?
- 2. Heute werden in der Abteilung B der Sekundarschule neben den ehemaligen C-Schülerinnen und Schülern auch noch stark verhaltensauffällige Jugendliche aus den ehemaligen Kleinklassen unterrichtet. Wurde mit dieser weitreichenden Umstellung nicht in manchen Klassen die Grenze des Zumutbaren für die Regelklassenlehrpersonen überschritten? Wie beurteilt der Stadtrat aus heutiger Sicht die ganze Umstellung an der Sekundarschule?
- 3. Hat die Zusammenlegung der Sek B, Sek C und der Kleinklassen zu mehr Abgängen in private Oberstufenschulen geführt? Wenn ja, um wie viel Prozent?
- 4. Hat die Anzahl jener Schulabgänger aus der Abteilung B, die nach der obligatorischen Schulzeit keine Lehrstelle finden konnten, zugenommen? Wenn ja, um wie viel Prozent?
- 5. Hat die Anzahl Kündigungen auf der Oberstufe seit der Zusammenlegung markant zugenommen? Wenn ja, um wie viel Prozent?
- 6. Stehen der Abteilung B aus Sicht des Stadtrates genug Ressourcen zur Verfügung, um die Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen zu leisten? Wenn nein, was bräuchte es aus der Sicht des Stadtrates für weitere Ressourcen und wie gedenkt der Stadtrat zu handeln?
- 7. Trifft es zu, dass die Personalsituation an den B-Klassen äusserst angespannt ist, weil es vor allem an breit ausgebildeten Klassenlehrpersonen mangelt? Wenn ja, welche Massnahmen sind zur Behebung dieses Zustandes vorgesehen?
- 8. Könnte sich der Stadtrat vorstellen, für einen Teil der heute integrierten Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe wieder Kleinklassen einzuführen? Wenn ja, in welcher Form?
- Könnte sich der Stadtrat vorstellen in der Oberstufe wieder C-Klassen einzuführen? Wenn ja, auf wann?

Mitteilung an den Stadtrat

1025. 2011/31

Schriftliche Anfrage von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) vom 26.01.2011: Umsetzung der integrativen Schulung auf der Primarschulstufe

Von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) ist am 26. Januar 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich hat seit geraumer Zeit den Regierungsratsbeschluss zur integrativen Schulung auf der Primarschulstufe umgesetzt. Diesbezüglich bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Der Stadtrat hat beschlossen, auf die Weiterführung der Kleinklassen auf der Primarstufe vollständig zu verzichten, obwohl das Volksschulgesetz dies nicht verlangt. Was hat den Ausschlag für diese Vorgehensweise gegeben?
- 2. Hat die Anzahl Primarschulkinder, die auf Kosten der Stadt Zürich in privaten Schulen unterrichtet werden, zugenommen? Wenn ja, um wie viel Prozent? Wie hoch sind die Mehrkosten?
- 3. Haben Heimeinweisungen aufgrund der Auflösung der Kleinklassen zugenommen? Wenn ja, um wie viel Prozent? Wie hoch sind die Mehrkosten?

- 4. Um was für Heime und private Schulen handelt es sich da?
- 5. Was sind Gründe dafür, dass trotz der Umstellung auf die integrative Schulung eine grosse Zahl von Kindern ausserhalb der Volksschule unterrichtet werden muss?
- 6. Stehen den Regelklassen in der Primarstufe aus Sicht des Stadtrates genug Ressourcen zur Verfügung, um die Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen zu leisten? Wenn nein, was bräuchte es aus der Sicht des Stadtrates für weitere Ressourcen und wie gedenkt der Stadtrat zu handeln?
- 7. Könnte sich der Stadtrat vorstellen, für einen Teil der heute integrierten Schülerinnen und Schüler in der Primarstufe wieder Kleinklassen einzuführen? Wenn ja, in welcher Form?
- 8. Trifft es zu, dass die Personalsituation in der Primarstufe angespannt ist, weil in den n\u00e4chsten Jahren mehr Lehrpersonen in Pension treten als neue Lehrpersonen ausgebildet werden? Wenn ja, welche Massnahmen sind zur Behebung dieses Zustandes vorgesehen?

Mitteilung an den Stadtrat

1026. 2011/32

Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Theo Hauri (SVP) vom 26.01.2011:

Entwicklungsleitbild Unteraffoltern, Wohnbautätigkeit und Verkehrserschliessung

Von Dr. Daniel Regli (SVP) und Theo Hauri (SVP) ist am 26. Januar 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 19. Januar 2011 fand im GZ Affoltern ein Informationsanlass des Amts für Städtebau AfS statt. Interessierten Quartierbewohnern/-innen wurde das Entwicklungsleitbild Unteraffoltern vorgelegt. Dieses zeigt auf, wie die Stadtregierung die bauliche Entwicklung der nächsten Jahre plant. Angesichts der extremen Bautätigkeit, die Affoltern nördlich der Bahnlinie S6 in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, erstaunt die ansehnliche Zahl von neu geplanten Wohnliegenschaften.

Wie üblich meldeten sich auch am Anlass des AfS kritische Stimmen aus dem Quartier, welche die defizitäre öffentliche Erschliessung (Schulhaus, Verkehr) beanstandeten. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele Einwohnerinnen und Einwohner hat Affoltern nördlich der Bahnlinie S6 nach dem Bezug der 340 Wohnungen der Überbauung Klee? Bitte um Angabe aller Personen, die insgesamt zwischen Waidhof und der Siedlung Aspholz wohnen.
- Wie viele Wohnungen sollen laut AfS entstehen in den geplanten Wohnbauten Aspholz Nord, an der Nordseite der Mühlackerstrasse zwischen Aspholzstrasse und Zehntenhausstrasse, an der alten Mühlackerstrasse, an der Blumenfeldstrasse, Am Bach, an der Katzenseestrasse, an der Horensteinstrasse und an der Bärenbohlstrasse? Bitte um Nennung der einzelnen Liegenschaften und der Anzahl Wohnungen.
- 3. Gibt es Absichten, in weiteren Gebieten Affolterns nördlich der Bahnlinie S6 Wohnbauten zu verwirklichen (Bärenbohlstrasse Ost, Wolfswinkel, Schwandenholzstrasse)? Falls ja, wie viele Wohnbauten sind dort mit wie vielen Wohnungen sind maximal möglich?
- 4. Welche Fortschritte macht die Gesamtverkehrsplanung Affoltern nördlich der Bahnlinie S6 seit Entgegennahme des Postulats GR Nr. 2009/561 durch den Stadtrat? Welche neuen Erkenntnisse liegen vor? Welche Massnahmen sind geplant, um das weiterhin markant wachsende Verkehrsaufkommen zu bewältigen?
- 5. Wie soll das erhöhte Verkehrsaufkommen beim Bahnübergang Zehntenhausstrasse zu Hauptverkehrszeiten bewältigt werden, wenn ab Dezember 2015 der Viertelstundentakt der S6 eingeführt wird?
- 6. Wie entkräftet der Stadtrat die oft geäusserte Einschätzung, dass Verkehrsverhinderungspolitik beim Bahnübergang Zehntenhausstrasse den Autofahrern den MIV verleiden soll, um sie reif zu machen für autofreies Wohnen?
- 7. Welche Motive macht der Stadtrat geltend für die fehlende simultane Entwicklung Affolterns nördlich der Bahnlinie S6 in Bezug auf Bautätigkeit und Verkehrsinfrastruktur?

Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion vom 26.01.2011: Albisgüetlitagung der SVP, Dispositiv für die Anreise mit dem öffentlichen Verkehr

Von der SVP-Fraktion ist am 26. Januar 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Freitag, 21. Januar 2011 fand im Schützenhaus Albisgüetli die traditionelle Albisgüetli-Tagung der Zürcher SVP statt. Neben viel Politprominenz – unter anderen auch die amtierende Bundespräsidentin – nahm ein zahlreiches Publikum an der diesjährigen Tagung teil, das zum grossen Teil auch mit den VBZ anreiste. Wie man zur Kenntnis nehmen musste, fand beim Strassenverkehrsamt – in unmittelbarer Nähe des Tagungsortes – eine unbewilligte Demonstration statt. Gemäss Medienberichten ist die Stadtpolizei Zürich der Meinung, sicherheitsmässig im Umgang mit dieser Demonstration richtig gehandelt zu haben, obwohl in Bezug auf Gewaltanwendung mit dem brutalen Zusammenschlagen eines Nationalrates eine beängstigende Dimension bei Demonstrationen in der Stadt Zürich Wirklichkeit geworden ist. Bestätigt durch mehrfache Aussagen von ÖV-Benutzern muss festgestellt werden, dass Albisgüetli-Besucher, die mit der Tramlinie 13 anreisten, nicht bis zum Albusgüetli transportiert wurden. Die Tramzüge wurden wegen der Demo an der Haltstelle Laubegg gewendet und die Passagiere wurden aufgefordert, sich zu Fuss ins Albisgüetli zu begeben. Man muss sich das einmal ganz minutiös überlegen: Das Wagenmaterial lässt man wegen den Gefahren rund um eine Demo nicht weiterfahren, die Passagiere schickt man aber trotz der Gefahren zu Fuss über den Demonstrationsort ins Albisgüetli. Zum Glück ist es aber dabei zu keinen Vorfällen gekommen.

Dennoch bitten wir den Stadtrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Von wem wurde der Entscheid gefällt, die Fahrzeuge der Linie 13 bei der Haltestelle Laubegg zu wenden und die Passagiere zu Fuss ins Albisgüetli zu schicken von der Polizei oder von den VBZ?
- 2. Waren die Verantwortlichen, die den Entscheid fällten, informiert über die Gefahrensituation rund um den Ort der Demonstration beim Strassenverkehrsamt und auf dem Weg den die Passagiere zum Albisgüetli zu Fuss benutzen mussten? Wenn ja, wie lautete die Beurteilung der Situation?
- 3. Gab es für die Verantwortlichen klare Anhaltspunkte, dass sie die Trampassagiere gefahrlos zu Fuss ins Albisgüetli schicken konnten? Wenn ja, welche?
- 4. War diese Massnahme (Vorzeitiges Wenden/Passagiere zu Fuss weiterschicken) Bestandteil des polizeilichen Sicherheitsdispositivs für den Umgang mit der gewalttätigen Demonstration im Raum Strassenverkehrsamt/Albisgüetli? Wenn nein, warum nicht?
- 5. Warum wurde im Tram Nr. 13 / Wagen-Nr. 2075 um 18:30 Uhr die Ankündigung über das vorzeitige Wenden durch den Wagenführer und nicht durch die Leitstelle der VBZ gemacht? Warum wurde in dieser Mitteilung gesagt, die Weiterfahrt sei wegen der SVP nicht möglich?
- 6. Wenn Trampassagiere auf ihrem Weg in Vorfälle verwickelt worden wären, wer hätte dafür Verantwortung tragen müssen?
- 7. Im Fall des zusammengeschlagenen Nationalrates äusserte der Kommandant der Stadtpolizei im Nachhinein die Meinung, der Nationalrat hätte besser die Nr. 117 angerufen und sich abholen lassen. Gilt dies für ÖV-Passagiere nicht? Wir bitten um Angabe der Gründe, warum ein geschützter Weitertransport der ÖV-Passagiere nicht stattgefunden hat.

Mitteilung an den Stadtrat

1028. 2011/34

Schriftliche Anfrage der SVP-Fraktion vom 26.01.2011: Albisgüetlitagung der SVP, Gefährdung und Schutz von Politikerinnen und Politikern in der Stadt Zürich

Von der SVP-Fraktion ist am 26. Januar 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Freitag, 21. Januar 2011 fand ein tätlicher Angriff gegen einen Parlamentarier des eidgenössischen Rates anlässlich der Albisgüetli-Tagung in der Nähe des Tagungsortes statt. Offenbar wurde der Parlamentarier Opfer eines politisch motivierten Angriffs von linksextremen Chaoten und wurde dabei spitalreif geschlagen. Nur durch eine Intervention von weiteren Personen wurde noch schlimmeres verhindert. Leider werden immer öfter Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern gemacht. Anstatt die verantwortlichen

Schläger zu verfolgen und dafür zu sorgen, dass diese zur Rechenschaft gezogen werden, kritisiert der Stadtzürcher Polizeikommandant öffentlich das Verhalten des Opfers. So wird der Polizeikommandant wie folgt in den Medien zitiert: "Es wäre zumutbar gewesen, dass Nationalrat Fehr die 117 angerufen oder sich bei einem Polizisten erkundigt hätte, ob es sicher sei, dort durchzulaufen."

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Ist es Aufgabe eines Polizeikommandanten sich öffentlich und wertend zu einem solchen Fall zu äussern? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
- 2. Welche Fakten waren zum Zeitpunkt dieses Interviews dem Polizeikommandanten bekannt?
- 3. Teilt der Stadtrat die geäusserte Meinung des Polizeikommandanten? Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
- 4. Ist die Stadtpolizei in der Lage, jedem Politiker in der Stadt Zürich, der in die Nähe einer Demonstration gelangt oder auf eine Gruppe vermummter Gestalten trifft, den über die Nummer 117 angeforderten Personenschutz (wie vom Kommandanten empfohlen) zu gewähren? Wenn nein, warum nicht?
- 5. Wie beurteilt der Stadtrat die Frage, ob die ungehinderte Bewegungsfreiheit für Politiker in der Stadt Zürich gewährleistet ist und ob jeder Politiker mit einem tätlichen Angriff rechnen muss?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

1029. 2010/506

Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP), Thomas Schwendener (SVP) und 43 Mitunterzeichnenden vom 01.12.2010:

Projektanpassungen beim Umbau der Kreuzung Schaffhauser-/Glatttalstrasse in Zürich Seebach

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 38 vom 12. Januar 2011).

1030. 2010/279

Weisung 22 vom 30.06.2010:

Immobilien-Bewirtschaftung, Neubau Schulanlage Blumenfeld (ehemals Ruggächer), Zürich Affoltern, Projektwettbewerb und Vorprojekt, Projektierungskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. November 2010 ist am 23. Dezember 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. Februar 2011.

1031. 2010/327

Weisung 30 vom 14.07.2010:

Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Ilgen A/B, Quartier Hottingen, Neubau des Hortes Fehrenstrasse 29, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. November 2010 ist am 23. Dezember 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. Februar 2011.

Weisung vom 25.08.2010:

Immobilien-Bewirtschaftung, Verzicht auf die Erstellung des Schulhauses Allenmoos II für Stützpunkte der Heilpädagogischen Schule und von Kleinklassen C, Schulpavillon Allenmoos II, Zürich-Unterstrass, Instandsetzung, Erweiterung und räumliche Optimierung, Objektkredit und Erhöhung des Projektierungskredits

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. November 2010 ist am 23. Dezember 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. Februar 2011.

1033. 2010/332

Weisung 35 vom 14.07.2010:

Immobilien-Bewirtschaftung, Liegenschaft Rütistrasse 17/19, 8952 Schlieren, Miete und Einrichtung von Räumen, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. November 2010 ist am 23. Dezember 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. Februar 2011.

1034. 2010/331

Weisung 34 vom 14.07.2010:

Liegenschaftenverwaltung, Verkauf des ehemaligen Ferienlagerhauses «Bergquell» in Blatten/VS

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 17. November 2010 ist am 23. Dezember 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. Februar 2011.

1035. 2010/373

Weisung vom 01.09.2010:

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz, Optimierung der Kehrichtbunkerbewirtschaftung im KHKW Hagenholz, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. November 2010 ist am 31. Dezember 2010 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 2. Februar 2011.

1036. 2010/172

SK TED/DIB, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Rolf Stucker (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 21. Juni 2010):

Martin Bürlimann (SVP).

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Robert Schönbächler (CVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 23. August 2010):

Marcel Schönbächler (CVP).

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1038. 2010/170

SK FD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Karin Rykart Sutter (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 20. September 2010):

Kathy Steiner (Grüne).

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

1039. 2010/171

SK PD/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Theresa G. Hensch-Stadelmann (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 4. Oktober 2010):

Marc Bourgeois (FDP).

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1040. 2010/173

SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Marcel Savarioud (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 4. Oktober 2010):

Marianne Dubs Früh (SP).

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

1041. 2010/172

SK TED/DIB, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Marianne Dubs Früh (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 1. November 2010):

Helen Glaser (SP).

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Helen Glaser (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 1. November 2010):

Alan David Sangines (SP).

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1043. 2010/173

SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Marianne Spieler Frauenfelder (SP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 1. November 2010):

Andrea Hochreutener (SP).

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

1044. 2010/175

SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Lukas Apafi (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 10. Januar 2011):

Alain Kessler (FDP).

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1045. 2010/175

SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Sacha Walker (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 10. Januar 2011):

Maria Trottmann (GLP).

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

1046. 2010/173

SK GUD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Dr. Karl Zweifel (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 17. Januar 2011):

Margrit Haller (SVP).

Mitteilung an den Stadtrat und die Gewählte

SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Jedidjah Bollag (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 24. Januar 2011):

Sven Oliver Dogwiler (SVP).

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

Nächste Sitzung: 2. Februar 2011, 17 Uhr.